

## LESERMEINUNG

## Wahlen 2017

Wahlausgang ist  
jetzt schon klar!

Das meint zumindest Redaktor Michael Winkler (Kommentar «Vaterland» vom 22. Dezember 2016). Die bisherigen Regierungsparteien werden das Land weiter anführen, stellte er nach der IFLTV-Debatte zwischen den Chefs der beiden Regierungsparteien, Banzer und Fritz, fest. Im Grunde genommen hat er recht, denn der Wähler kann tatsächlich wenig bis gar nichts aussprechen, was die Regierungswahl betrifft. Von den sechs Regierungskandidaten sind - sofern der Wähler den beiden Grossparteien keinen dicken Strich durch die Rechnung macht - fünf bereits gewählt. Beide Spitzenkandidaten haben bereits zu erkennen gegeben, dass sie sich nötigenfalls auch mit dem Vizeposten zufriedengeben werden. Es kann also lediglich spekuliert werden, welcher Regierungskandidat der Verliererpartei über die Klinge wird springen müssen.

Entgegen der Behauptung von Winkler mangelt es den Unabhängigen aber nicht an politischen Inhalten und auch nicht an Personen, die sich als Regierungskandidaten qualifizieren, wie die Kandidatenliste der Unabhängigen zeigt. Die Unabhängigen sind bereit, Regierungsverantwortung zu übernehmen, allerdings nur, wenn wesentliche Punkte der Unabhängigen, wie z.B. Verschlankung des Staatsapparats, staatliche Firmen auf die Grundversorgung ausrichten, stärkere Fokussierung auf die Schweiz, Transferzahlungen reduzieren, Bildungsausgaben auf den eigenen Nachwuchs und die Bedürfnisse der Wirtschaft konzentrieren, weniger Export von Steuergeldern, Förderung der Eigentumsbildung, gerechte Familienförderung etc. umgesetzt werden. Allein die Aussicht auf ein lukratives Regierungsmandat wird die Unabhängigen nicht dazu verleiten, Konzessionen an ihren Zielen zu machen. Im Unterschied zur Mehrheit der VU-Regierungskandidaten ist kein Unabhängiger auf der Suche nach einem neuen Job.

Angesichts der «Päktlerei» zwischen den beiden Grossen wäre es jedoch vermessen, sich als mögliche Regierungspartei aufzuspielen. FDP und VU haben die «Pöschli», wie z. B. den Posten des neuen VR-Präsidenten der LLB, bereits vergeben, obwohl dessen Wahl erst im Mai 2017 anlässlich der LLB-Generalversammlung stattfinden kann. Alles ist also auf «Kontinuität» im Sinne der beiden Regierungsparteien ausgerichtet. Sollten die Unabhängigen vom Wähler jedoch in eine Lage gehievt werden, wo sie mitreden und mitbestimmen können, dann sind auch solche (vorschnellen) Ernennungen infrage gestellt. Das ist ebenfalls klar!

Erich Hasler,  
DU-Landtagskandidat

## Erwachsenenbildung

## Yoga-Kurs

**VADUZ** Gesunderhaltung des Körpers und Stärkung des Geistes: Yoga führt zum bewussten Erleben der eigenen Persönlichkeit und der eigenen Realität und bringt den Menschen auf allen Ebenen ins Gleichgewicht. In diesem Kurs erlernen die Teilnehmenden unterschiedliche Atemtechniken (Pranayama) und Energie-Auflade-Übungen, die sie in relativ kurzer Zeit mit mehr Energie versorgen. Der Kurs 280 unter der Leitung von Dunja Schädler beginnt am Donnerstag, den 12. Januar, um 18 Uhr (9 Abende insgesamt) im Kindergarten Schwefel in Vaduz. Anmeldung und Auskunft bei der Erwachsenenbildung Stein Egerta in Schaan, Telefonnummer 232 48 22 oder per E-Mail an info@steinegerta.li. (pr)

# «Wer ein WZW-Verfahren fürchtet, hat mit Tarmed schlechte Karten»

**Interview** Die Regierung hat Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini den Rücken gestärkt und die von der Ärzteschaft kritisierte Verordnung verabschiedet. Pedrazzini bietet indes den Ärzten an, mal gemeinsam ein Bier trinken zu gehen.

VON DORIS QUADERER

«Volksblatt»: Herr Regierungsrat, nun hat die Regierung die umstrittene Verordnung erlassen. Welche Variante hat sie nun gewählt, Ihre ursprüngliche oder diejenige, welche nach dem Gespräch mit der Ärztekammer überarbeitet wurde?

Mauro Pedrazzini: Wir haben die Variante verabschiedet, welche nach dem Gespräch mit der Ärztekammer abgeändert wurde. Die Regierung sieht das als Beleg dafür, dass die Bedenken der Ärzteschaft ernst genommen werden. Beide Varianten sind übrigens auf der Homepage der Regierung veröffentlicht, sodass sich der Bürger eine Vorstellung davon machen kann, worum es überhaupt geht.

Die Ärztekammer hat sich aber nicht bewegt und bleibt bei ihrer Weigerung, im nächsten Jahr nach Tarmed abzurechnen. Haben Sie da nicht etwas gegeben und dafür nichts erhalten? Das wäre dann ein schlechtes Geschäft gewesen.

Die Regierung hat sich mit dieser Entscheidung auf die Ärzteschaft zubewegt, indem sie einen Schritt auf sachlicher Ebene gemacht hat. Sie hat den Verbänden in der Ausgestaltung mehr Kompetenzen einge-



Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini zeigt sich gesprächsbereit. (Foto: IKR)

räumt. Es wäre nicht angebracht, jetzt aus Trotz wieder die verschärfte Variante der Verordnung hervorzu ziehen. Andererseits zeigt das Verhalten der Ärztekammer auch, dass die Verordnung in ihrem ursprünglichen Entwurf, auch wenn sie von den Ärzten kritisiert wurde, nur ein vorgeschobenes Argument war. In Wirklichkeit ging es immer darum, die Einführung des Tarmed zu verhindern. Ich bin sehr froh, dass jetzt namhafte Exponenten von drei politischen Parteien fordern, dass im

nächsten Jahr flächendeckend nach Tarmed abgerechnet werden soll. Die Freie Liste hält sich vornehm zurück.

Die Diskussionen um den Tarmed dauern nun schon seit mehr als einem Jahrzehnt. Wir erinnern uns an die Zeitungsberichte von 2005, als es bereits ähnliche Szenen gab. Worin haben die Ärzte denn Angst?

Mit dem Tarmed steigen die Transparenz und die Vergleichbarkeit. Das erleichtert die sogenannten Wirtschaftlichkeitsverfahren, mit

denen von Ärzten, die zu viel abrechnen, Geld zurückgefordert werden kann. Ausserdem enthält der Tarmed ein umfassendes Regelwerk, welches eine missbräuchliche Abrechnung erschwert. Für die allermeisten Ärzte spielt es keine Rolle, ob sie nach Tarmed abrechnen oder nicht. Wer aber ein Wirtschaftlichkeitsverfahren befürchtet, hat mit Tarmed schlechtere Karten.

Das Gesprächsklima zwischen Ihnen und den Ärzten scheint nicht von gegenseitigem Vertrauen geprägt zu sein, um es mal freundlich auszudrücken. Was gedenken Sie, hier zu unternehmen?

Ärzte, die direkt mit mir in Kontakt treten, erkennen schnell, dass die völlig überzeichnete Darstellung meiner Absichten nicht zutrifft. Ich habe klare Vorstellungen davon, was geht und was nicht geht, sage das auch in aller Deutlichkeit und nenne Ross und Reiter. An den Plenarversammlungen wurde aber kräftig Stimmung gegen das Ministerium gemacht und die Gegenseite konnte nicht gehört werden. Ich biete daher an, an einer Plenarversammlung der Ärztekammer Red' und Antwort zu stehen, zu streiten und danach miteinander ein Bier zu trinken.

## Regierungschef Hasler: «Von Einknicken kann keine Rede sein»

**Beschluss** Die Regierung hat laut Regierungschef Adrian Hasler die Anliegen der Ärztekammer ernst genommen. Dennoch galt es im Rahmen des Krankenversicherungsgesetzes (KVG), eine Verordnung zu erlassen.

VON DORIS QUADERER

«Volksblatt»: Herr Regierungschef, die Regierung hat nun die Verordnung zum KVG beschlossen. Wenden die Anliegen der Ärztekammer darin berücksichtigt?

Adrian Hasler: Aus meiner Sicht haben wir die Kritikpunkte der Ärztekammer soweit möglich berücksichtigt. Die verabschiedete Verordnung wurde gegenüber dem Verordnungsentwurf wesentlich entschärft.

Sind Sie nun vor der Ärztekammer eingeknickt?

Nein, von Einknicken kann keine Rede sein. Die Regierung hat die Verordnung zum KVG verabschiedet. Das KVG, welches der Landtag im

letzten Herbst beschlossen hat und welches auch vom Volk gutgeheissen wurde, steht jedoch nicht zur Disposition. Zudem habe ich schon mehrfach darauf hingewiesen, dass für mich die Einführung des Tarmed und die Festlegung des Taxpunktwertes auf dem Niveau unserer Schweizer Nachbarn nicht zur Diskussion stehen.

Sind die Verhandlungen mit der Ärztekammer nun definitiv gescheitert?

Ich habe mit der Ärztekammer keine Verhandlungen geführt. Mein Anliegen war, das Gespräch mit der Ärztekammer zu suchen und den Konflikt zu entschärfen. Mit dem Angebot, den strittigen Verordnungsentwurf nochmals zu überarbeiten, sind wir einen wesentlichen Schritt auf die Ärztekammer zugegangen. Allerdings haben wir dabei stets betont, dass wir uns im Rahmen des revidierten KVG bewegen, das vom Landtag und vom Volk gutgeheissen wurde und keine weitergehenden Zugeständnisse machen.

Sie haben gesagt, es wäre ein schönes Zeichen, wenn die Ärzte ausser-



Regierungschef Adrian Hasler ist der Meinung, dass der zweite Verordnungsentwurf wesentlich entschärft wurde. (Foto: IKR)

halb der OKP dennoch mit dem Tarmed abrechnen würden. Weshalb?

Mit der Revision des KVG wurde auch der Tarmed gesetzlich verankert. Die Ärzteschaft hat mehrfach bestätigt, dass sie die Einführung des Tarmed akzeptiert. Wenn die Ärzte ausserhalb der OKP mit dem bestehenden Tarif abrechnen, wird es zu einem deutlichen Mehraufwand für die Krankenkassen kommen. Zudem wird es mit Sicherheit zu verschiedenen Fragen kommen, die zwischen den Krankenkassen und den Ärzten geklärt werden müssen, was ebenfalls entsprechende Umtriebe auslöst. Die Anwendung des Tarmed würde für alle Beteiligten eine wesentliche Erleichterung bringen.

«Wir sind einen wesentlichen Schritt auf die Ärztekammer zugegangen.»

ADRIAN HASLER  
REGIERUNGSCHEF

## Beschlossen Änderungen durch die neue KVV

**VADUZ** Die Regierung hat gestern die Abänderungen der Krankenversicherungsverordnung (KVV) und der Verordnung über die Kostenziele und die Qualitätssicherung (KQV) beschlossen, wie das Ministerium für Gesellschaft mitteilte. Damit würden Ausführungsbestimmungen zur Umsetzung der auf den 1. Januar 2017 in Kraft tretenden Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) getroffen. Nach dem revidierten KVG habe die Bedarfsplanung die Zahl der zur ob-

ligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) zugelassenen Leistungserbringer sowie die Art und den Umfang der Leistungserbringung zu beinhalten. Gemäss der dazu gehörenden KVV müssen Ärztekammer und Kassenverband gemeinsam die Anzahl der Stellen in einem Stellenplan festhalten. Die Art der Leistungserbringung ist in Stellenbeschreibungen näher zu definieren. Für den Umfang der Leistungserbringung sollen die Verbände Kriterien bestimmen, die künftig auch Teilzeitstellen innerhalb der Bedarfsplanung ermöglichen. Im individuellen OKP-Vertrag mit dem Liechtensteinischen Krankenkassenverband (LKV) verpflichtet sich der einzelne Arzt zur Tätigkeit

gemäss Stellenbeschreibung im vereinbarten Umfang, also in Voll- oder allenfalls Teilzeit. Nach dem neuen KVG hat der LKV der Regierung über die Einhaltung der vertraglichen Vereinbarungen zu berichten.

### Abgeltung nach Tarmed

Ambulante ärztliche Leistungen sind ab 1. Januar 2017 Kraft Gesetz nach Massgabe der gesamtschweizerischen Tarifstruktur Tarmed zu berechnen. Dieser beträgt ab 1. Januar 2017 83 Rappen, genau wie in den Kantonen der Ostschweiz. Das Gesetz erlaubt es der Regierung, Abweichungen von der Schweizer Tarifstruktur vorzusehen. Von dieser Möglichkeit wird gemäss der Mitteilung nur dort Gebrauch gemacht, wo

Tarmed keine exakt passenden Tarifpositionen kennt.

Auf Empfehlung der Leistungskommission erfolgen verschiedene Anpassungen des Leistungskataloges an jenen der Schweiz. Die Liste der sogenannten Co-Marketing-Präparate wird um drei neue Präparate ergänzt. «Weiter wurde das Vorgehen für den Fall verbessert, dass Versicherte ihre Prämien oder Kostenbeiträge nicht bezahlen», schreibt das Ministerium. An ihrer Sitzung vom vergangenen Dienstag hat die Regierung zudem beschlossen, dass auch das Landesspital ab Januar die ambulanten Leistungen mit demselben Taxpunktwert wie die niedergelassenen Ärzte abrechnet. (red/ikr)